

Rolf Steininger

Freie, gesamtdeutsche Wahlen am 16. November 1952?

Noch einmal: Die Stalin-Note – Reaktionen auf ein Buch
und ein neues amerikanisches Dokument

I. Über Reaktionen auf ein Buch¹ – auch eine Polemik

Die Sachlage ist weitgehend bekannt: am 10. März 1952 ließ Stalin den Vertretern der drei Westmächte in Moskau eine Note überreichen, die das Angebot enthielt, „unverzüglich“ und „unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung“ die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland in Angriff zu nehmen. Deutschland sollte „als einheitlicher Staat“ wiederhergestellt werden, in Grenzen, so die Note, wie sie „durch die Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt“ worden seien. Die weiteren Modalitäten des sowjetischen Vorschlages: sämtliche Besatzungstruppen waren spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages abzuziehen, alle Militärstützpunkte aufzulösen; dem deutschen Volke sollte die Möglichkeit zu einer „unabhängigen, demokratischen, friedliebenden“ Entwicklung gegeben werden; dazu gehörte die eigenständige Regelung seiner inneren Angelegenheiten, in einer politischen Ordnung, die die Grund- und Menschenrechte achtete und den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung garantierte; die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sollte keinerlei Beschränkungen unterliegen. Deutschland sollte sich verpflichten, weder Koalitionen noch Militärbündnissen beizutreten, die sich gegen Staaten richteten, die mit ihren Truppen am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hatten, mit anderen Worten: Verzicht auf eine Bündnispartnerschaft mit dem Westen gegen die Sowjetunion; im Klartext: Ein militärisch blockfreies Deutschland. Aber – und das war besonders bemerkenswert – es sollte kein wehrloses Deutschland sein, denn Stalin gestand diesem Deutschland eigene Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu, die für die Verteidigung des Landes notwendig waren, mit einer eigenen Rüstungsproduktion

¹ Rolf Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 12), Bonn 1985, 1986², 327 Seiten (im folgenden zitiert: Chance, Dokumentation). Einleitung separat als Taschenbuch unter dem Titel: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Berlin/Bonn 1985, 1986², 158 Seiten (im folgenden zitiert: Vertane Chance).

für diese Streitkräfte. Dahinter steckte die Absicht – und das war aus sowjetischer Sicht nur logisch –, die militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen zu verhindern. Der sowjetischen Initiative folgte ein Notenwechsel, der sich bis in den Spätsommer 1952 hinzog und ohne greifbares Ergebnis endete.

Schon bei den Zeitgenossen hat diese „Stalin-Note“ (zusammen mit der zweiten sowjetischen Note vom 9. April, in der Stalin zum ersten Mal prinzipiell freie, gesamtdeutsche Wahlen unter Aufsicht der vier Besatzungsmächte zugestand) zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen geführt. Wie kaum ein anderes Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte ist sie bis heute Gegenstand heftiger, meist mit stark emotionalem Engagement geführter Kontroversen zwischen Politikern, Politologen, Historikern und Journalisten geblieben. Was nicht verwundert, handelt es sich doch „(hier einmal wirklich und nicht nur deklamatorisch) um ein Stück ‚unbewältigter‘ nationaldeutscher Vergangenheit“, wie es Andreas Hillgruber am 18. Februar 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* formuliert hat;² oder, mit den Worten von Arnulf Baring: „Wir sind nie wieder von dieser März-Note losgekommen und werden auch nicht von ihr loskommen, solange die Deutschen mit ihrer Eigenstaatlichkeit nicht ins Reine gekommen sind.“³ Anders ausgedrückt, so Karl Feldmeyer von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, „daß die Diskussion weitergehen wird, steht fest. Der maßgebliche Grund dafür ist weder eine allgemeine Neigung zur Konjunkturalpolitik, wie Bismarck gesagt hätte, noch rein wissenschaftliche Neugier, sondern die Betroffenheit der Zeitzeugen und die viele bedrückende Frage, ob es trotz der Katastrophe Hitler, trotz Jalta und Potsdam, trotz des Kalten Krieges und trotz eines Walter Ulbricht möglich gewesen wäre, die gewaltsame Trennung der Deutschen in zwei gegnerische Lager zu verhindern, wenn Konrad Adenauer damals anders gehandelt hätte.“⁴

Die Note ist damals, um das vielzitierte Wort noch einmal zu gebrauchen, nicht „ausgelotet“ worden. Dies war Adenauers Entscheidung; und diese Entscheidung hat dann zu jener erbitterten Diskussion und zu jenen Zweifeln geführt, die eine unübersehbare Spur in die Geschichte der Bundesrepublik eingegraben haben.

Drei Fragen waren und sind dabei von besonderem Interesse:

1. Wie steht es mit der „Ernsthaftigkeit“ des sowjetischen Angebotes?
2. Von welchen Vorstellungen, Zielen und Kalkülen haben sich die Westmächte leiten lassen?
3. Welche Rolle hat Adenauer bei der Notenpolitik der Westmächte tatsächlich gespielt, wobei diese Frage zum Kern des Gesamtproblems führt,

² Eine Chance – oder nicht? FAZ, 18. 2. 1986.

³ So in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 (=Rhöndorfer Gespräche, Bd. 5), Stuttgart/Zürich 1982, S. 82.

⁴ Stalins Note vom 10. März 1952 und Adenauers Doppelstrategie. Besprechung Vertane Chance in: Deutschland-Archiv, 19, 1986, S. 1005 f.

nämlich ob Adenauer damals die Wiedervereinigung mit allen Mitteln hintertrieben hat?

Ohne Kenntnis der Akten konnte keine dieser Fragen bisher befriedigend beantwortet werden. Dennoch schien die Diskussion eigentlich abgeschlossen. Zahlreiche Historiker waren – „weniger durch Quellenstudien als durch scharfes Nachdenken“⁵ – zu dem Ergebnis gekommen, die Note sei nicht ernst gemeint gewesen. Diesem Urteil haben sich viele Politiker – oft mit unübersehbarer Erleichterung – angeschlossen. Adenauer und die Westmächte hätten demzufolge also ganz recht getan, den sowjetischen Vorschlag nicht aufzugreifen, da er offenbar nur der Verzögerung des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) dienen sollte. Jene Stimmen, die darauf hinwiesen, daß die Note einem ernsthaften Interesse Stalins an einer Neutralisierung Deutschlands entsprach, daß Stalin bereit war, um einen sehr hohen Preis, auch um den der Aufgabe von DDR und SED, die als besonders bedrohlich betrachtete Integration des deutschen Militärpotentials in den Westblock zu verhindern, wurden kaum ernst genommen. Als erster Historiker konnte dann Hermann Graml vom Institut für Zeitgeschichte in München einen Teil der amerikanischen Akten auswerten. Graml hatte sich bereits 1977 in einem längeren Aufsatz gegen die These gewandt, daß die Note ein konstruktives Angebot gewesen sei;⁶ sein Fazit auch nach Durchsicht der amerikanischen Akten lautete: Die Stalin-Note bleibt die „Legende von der verpaßten Gelegenheit“. Ausgehend von der Feststellung, die Noten entstammten der Erkenntnis Stalins, daß die Westintegration der Bundesrepublik und der Aufbau der EVG unvermeidbar geworden seien, faßte er seine wichtigsten Schlußfolgerungen zusammen:

1. Die Sowjetunion habe zu keinem Zeitpunkt im Jahre 1952 die Wiedervereinigung zu akzeptablen Bedingungen, nämlich der Opferung der SED-Herrschaft in freien, gesamtdeutschen Wahlen, angeboten. Vielmehr habe die Sowjetunion die Initiative im Propagandakrieg zurückgewinnen und „hinter dem Schirm einer Schuldzuweisung an den Westen“ die Stabilisierung der DDR als Glied des Sowjetblocks erleichtern und außerdem den westlichen Gegnern der westeuropäischen Integrationspolitik den Rücken stärken wollen.
2. Der Einfluß der Bundesregierung und des Bundeskanzlers auf die Notenpolitik der Westmächte sei „minimal“ gewesen, auch wenn im Laufe des Notenwechsels die Position der Bundesrepublik eine unverkennbare Aufwertung erfahren habe. Aus diesen Gründen sei
3. die Behauptung nicht haltbar, „im Jahre 1952 sei vor allem auch aufgrund

5 „War die Wiedervereinigung 1952 möglich?“ Besprechung Vertane Chance von Detlef Kühn, Präsident des Gesamtdeutschen Instituts, in: Kulturpolitische Korrespondenz, 25. 3. 1986.
6 Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 25, 1977, S. 821–864.

der Haltung des Bundeskanzlers eine Chance zur Wiedervereinigung vertan worden“.⁷

Dieses Urteil war bis zum Jahre 1985 sozusagen „offiziös“ geworden (wie das Paul Noack nennt),⁸ bis ich Ende jenes Jahres erstmals den größten Teil der freigegebenen britischen und amerikanischen Akten zu diesem Thema veröffentlichten konnte, als Beiheft des Archivs für Sozialgeschichte⁹ und nicht als Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung – auch dies ist ein Teil der Vorgeschichte.¹⁰

Das Fazit meiner Arbeit lautete: Die Westmächte waren, wenn auch aus taktischen Gründen, bereit, Stalins Angebot „auszuloten“ (Thema: freie Wahlen), aber Adenauer hat jeden diesbezüglichen Versuch von Anfang an entschlossen abgewürgt. Für ihn hatte die Westintegration der Bundesrepublik, nicht aber die Wiedervereinigung, absolute Priorität; der entscheidende Grund: grenzenloses Mißtrauen gegenüber dem eigenen Volk. Adenauers Desinteresse an der Wiedervereinigung, das auf ihre politische Ablehnung hinauslief, ist mit dieser Arbeit nicht mehr eine Frage der Analyse und Bewertung Adenauer'scher Politik, „es ist aktenkundig“, wie dies Karl Feldmeyer betont.¹¹

Die Reaktion auf diese Dokumentation war entsprechend: eine zweite Auflage innerhalb kürzester Frist, mehr als 60 Besprechungen in allen großen Zeitungen und Fachzeitschriften – über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus – mehrere Hörfunk- und Fernsehdiskussionen. Genau das, was Hans-Peter Schwarz und die Konrad-Adenauer-Stiftung offensichtlich verhindern wollten, war eingetreten: die schon abgeschlossene Diskussion über die Stalin-Note war wieder eröffnet worden. Adenauer und die Wiedervereinigung waren plötzlich wieder ein Thema, von den *Sunday Arizona Republic* über die *American Historical Review*, den *Sunday Observer* (Neal Ascherson: „West-Germany is arguing passionately over a new book about the Stalin Note of 1952“) bis zu einem polnischen Provinzblatt in Breslau.¹²

Angesichts der Fülle der Reaktionen ist es kaum möglich, auf sie im einzelnen hier einzugehen, so interessant das auch wäre; von daher nur die Tendenz der Besprechungen. Für die einen ist das Buch „eines der wichtig-

7 Ebd., 29, 1981, S. 340 f.

8 Besprechung Vertane Chance in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 2, 1986, S. 203 ff.

9 Vgl. Anm. 1.

10 Nach einer Besprechung meiner „Deutschen Geschichte 1945–1961“ (Fischer Taschenbücher, Oktober 1983, 1989) von Gerd Bucorius in der Zeit („Verpaßte Chancen für die Abwendung unserer Teilung?“, 20. 4. 1984, S. 15 f.), in der er auch auf das entsprechende Kapitel über die Stalin-Note eingegangen war, habe ich der Konrad-Adenauer-Stiftung die Dokumente (noch ohne Einleitung) zur Veröffentlichung angeboten; Hans-Peter Schwarz und seine Mitstreiter lehnten dies nach langer Diskussion ab; Begründung: mit diesen Dokumenten werde die Politik Adenauers nur „verzerrt“.

11 Vgl. Anm. 4

12 *Sunday Arizona Republic*, 2. 3. 1986. Konrad Jarausch in: *American Historical Review*, 1986, S. 1189. *Sunday Observer*, 26. 1. 1986, S. 9.

sten politischen Quellenwerke der letzten 35 Jahre“¹³ das „noch Geschichte machen dürfte“¹⁴; es wird anerkannt, daß ich mich in der „umfanglichen und umsichtig argumentierenden Einführung außerordentlich fair mit den bisherigen Interpretationen zur Stalin-Note auseinandersetze“ und daß, wie es Andreas Hillgruber in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* formulierte, „der Fortgang der Forschung zur Deutschlandpolitik in den entscheidenden Nachkriegsjahren... mit der Vorlage eines reichen, in sich vielfach kontroversen Quellenmaterials hohen Ranges einen mächtigen Anstoß bekommen (hat)“.¹⁵ Selbst weniger Wohlgesonnene wie Paul Noack mußten zugestehen, daß das „schmale Buch seine Meriten (hat)“, wobei er in der *Süddeutschen Zeitung* gleich zweimal das Wörtchen „schmal“ benutzte; den umfangreichen Dokumentenband erwähnte er mit keinem Wort.¹⁶

13 Deutsche Monatshefte für Kultur und Geschichte, Politik und Wirtschaft, 37. Jahrgang, 8/9, 1986.

14 Student – Freiheitliche Zeitschrift für Politik, Kultur und Gesellschaft, Nr. 113, Februar 1986.

15 Vgl. Anm. 2

16 Süddeutsche Zeitung, 21. 1. 1986. Ergänzend sei noch auf folgende Besprechungen verwiesen, auf die hier nicht eingegangen wird: Ostpreußenblatt, 25. 1. 1986, 8. 2. 1986; Revue d'Allemagne, 19, 1987; Criticon Jan./Febr. 1986; Osteuropa Mai 1987; Deutsche Welle 22. 12. 1985, 23. 6. 1986; Deutschlandfunk 25. 2. 1986, 26. 1. 1987; Radio Bremen, 2. 2. 1986; Hessischer Rundfunk, 1. 2. 1986; Juso-Telegraph, Nr. 1/86; Norddeutscher Rundfunk, 29. 1. 1986; Der Spiegel, 20. 1. 1986; Wiener Tagblatt, 29. 11. 1985; Die Grünen, 16. 11. 1985; Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 34, 1986; Das Parlament, 5./12. 10. 1985; Sozialistische Politik und Wirtschaft 37, 1986; Die Pommersche Zeitung, 8. 1. 1986; M. Rexin, Stalins Note. Ein Streit der nicht zuende ist, RIAS, 11. 3. 1987; Intermediar (Holland), 14. 11. 1986; Zukunft – sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur (Wien), Zeitschrift für internationale Politik, (Wien), 2/86.

Leo Haupt, Historisches Jahrbuch, Bd. 108, „eindrucksvolle Untersuchungen mit weitreichenden, Widerspruch herausfordernden Spekulationen“.

Anselm Doering-Manteuffel, GWU, „... gleichwohl der wichtigste Beitrag jüngeren Datums zu der anhaltenden Kontroverse um Chancen und Möglichkeiten der Deutschlandpolitik im Jahre 1952“.

Hans-Georg Lehmann, General-Anzeiger, Bonn, 9. 10. 1985, „die Bücher heben die Kontroverse auf ein neues Niveau ... Wer die Debatten um die Stalinnoten verfolgt und amtlichen Verlautbarungen vertraut hat, wird Steiningers Studie und Dokumentation mit Betroffenheit lesen ...“

Botho Brachmann, Archivmitteilungen (DDR), S. 217 ff. „... äußerst spannende, interessante und streckenweise geradezu sensationelle Lektüre ... Die Überzeugungskraft der Darstellung ist ... beeindruckend.“

Manfred Knapp, Politische Vierteljahresschrift, 2, 1986, „großangelegter Rückblick ... nachhaltiger Anstoß zur Fortsetzung alter Kontroversen“.

Werner Ripper, Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer, 30, 1985, S. 54. „... Steininger hat ... der Diskussion ... eine völlig veränderte Basis verschafft ... Didaktische Kurskorrekturen stehen konsequenterweise an.“

Rudolf Morsey geht ausführlich auf das Thema ein (Die Bundesrepublik Deutschland, Entstehung und Entwicklung bis 1969, Oldenbourg Grundriß der Geschichte, München 1987, S. 33 f., 161–166) ebenso Jürgen Weber, („eindrucksvolle Dokumentation“); dessen Fazit im Hinblick auf 1952: „Alles in allem: Die Realpolitik siegte. Aber der Stachel bleibt, daß der letzte Beweis für ihre Richtigkeit natürlich nicht zu erbringen ist.“ (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4: Die Bundesrepublik wird souverän 1950–1955, Paderborn 1987, S. 199–200).

Die enragierten Adenauer-Apologeten – allen voran Hans-Peter Schwarz –, für die wissenschaftliche Kritik an Adenauer offensichtlich schon ein Sakrileg ist, versuchten von Anfang an, das für den „Patrioten“ Adenauer in der Tat eher betrübliche Fazit der Dokumentation in Frage zu stellen – allerdings ohne Erfolg; das entsprechende Kapitel in Schwarzens Adenauer-Biographie wird zu „Adenauers Abwehrkampf gegen die sowjetische Notenoffensive“, wo doch vorher dessen Anteil nur „minimal“ gewesen sein sollte; dieser „Abwehrkampf“ war zwar erfolgreich im Sinne Adenauers, wirft allerdings heute mehr denn je Zwielflicht auf den Kanzler; wo gar nichts mehr geht, bleibt dann nur die larmoyante Polemik von Schwarz: „Gerade gegenwärtig stellen die verkappten deutschnationalen Staatsanwälte in der Historiker-Zunft ihre Dossiers zusammen, um dem Alten Herren wieder einmal wegen Reichsvergessenheit, Anti-Preußentum und wegen seines Ausschlagens angeblicher Wiedervereinigungschancen in den Jahren 1952 und 1953 den Prozeß zu machen.“¹⁷

Auch Jürgen C. Heß in Amsterdam polemisiert im Zusammenhang mit einem von der VW-Stiftung finanzierten Projekt in den von Schwarz herausgegebenen *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* – allerdings geht das nur in einer Fußnote: er macht sich demnach Sorgen um die westdeutsche Identität, kann nur mit „großer Besorgnis“ feststellen, „in welchem Maß Wunschdenken das Urteilsvermögen selbst eines so ausgewiesenen Historikers wie Rolf Steininger beeinträchtigt hat“; er ortet bei mir bestimmte Elemente eines national getönten Argumentationsstiles, u. a. wegen meiner „Betonung des Primats der Wiedervereinigungspolitik“ und Deutschlands Mittellage in Europa in dem Sinne, daß Deutschland zu West und Ost gehöre. Da kann ich nur fragen: Wie denn das? Wie sagte doch Bundeskanzler Kohl im Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland am 1. 12. 1988 im Bundestag: „Es geht uns dabei immer auch um die Schärfung des Bewußtseins für die Einheit der Nation. Wir finden uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht ab.“ Und weiter: „Die EG ist ebensowenig das ganze Europa wie die Bundesrepublik Deutschland unser ganzes Vaterland ist. Auch Warschau und Prag, Kiew und Budapest – um nur wenige Städte zu nennen – gehören zu Europa und ganz selbstverständlich Leipzig, Dresden und Rostock.“¹⁸

Im Hinblick auf die Aufmerksamkeit, die „Steiningers Thesen in der Öffentlichkeit gefunden haben“, so Heß weiter, dürfe eine adäquate historische Interpretation der Entscheidungssituation jener Monate im Frühjahr 1952 nicht auf „wortgewandtem Utopismus“ beruhen, denn, dem „Selbstfindungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland“, um den sich Heß auch sorgt, „ist

Helmut Grieser, GWU, 1989, S. 178, „... gehört zum unentbehrlichen Bestandteil jeder Historikerbibliothek“.

17 Hans-Peter Schwarz, Adenauer, Der Aufstieg – 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 967 f.

18 Bulletin Nr. 169/2, 12. 1988, S. 1506.

durch die Erzeugung historischer Nebelbänke nicht gedient“¹⁹ – was in der Tat richtig ist. Heß beweist, was niemand in Frage gestellt hat (auch ich nicht), daß nämlich die Holländer an dem von den Sowjets vorgeschlagenen Deutschland kein großes Interesse gehabt haben. Das gleiche gilt für die Arbeit von Nikolaus Meyer-Landrut²⁰ über „Frankreich und die deutsche Einheit“. Hier wird zunächst etwas – erstmals mit französischen Akten – bewiesen, was ebenfalls niemand in Frage gestellt hat, daß nämlich auch die französische Regierung an dem von den Sowjets vorgeschlagenen Deutschland kein Interesse gehabt hat. Eigentlich geht es Meyer-Landrut ja auch um Adenauer, nur: was im Klappentext des Buches und in allen Anzeigen als neues Ergebnis verkündet wird, nämlich eine „starke Relativierung der Bewertung des westdeutschen, d. h. Adenauers Einflusses“, hält der

19 Jürgen C. Heß/Friso Wielenga, Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands. Zur Debatte um die „verpaßten Gelegenheiten“ im Jahre 1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 35, 1987, S. 374. Heß und sein niederländischer Kollege überschätzen das „Haager Material“ in geradezu grotesker Weise; die Holländer hatten in dieser Angelegenheit nun wirklich nichts mitzureden. Im übrigen ist auch die Methode der beiden mehr als fragwürdig; sie schieben Wörter ein, die ich gar nicht geschrieben habe (so wird etwa aus „historische Chance“ eine „einmalige historische Chance“) und stellen durch Verschweigen von Fakten meine Argumentation auf den Kopf (vgl. etwa S. 373). Schon vorher hatte sich – ebenfalls in den Vierteljahrsheften – Hermann-Josef Rupieper geäußert und ein Telegramm des amerikanischen Botschafters in Moskau, George F. Kennan, veröffentlicht, das dieser im Zusammenhang mit dem Gespräch Stalin-Nenni im Juli 1952 nach Washington schickte und das mir nicht zur Verfügung stand. (Zu den sowjetischen Deutschlandnoten 1952. Das Gespräch Stalin-Nenni, in: VfZ, 33, 1985, S. 547–557.) Eine Beweisführung gegen mich kann ich darin allerdings nicht erkennen; ein Satz in dem Telegramm Kennans sollte m. E. besonders betont werden; Kennan schrieb nämlich auch: „Mein Informant sagt, Nenni habe ihm auch mitgeteilt, daß er vor einiger Zeit (ich nehme an, vor einigen Monaten) mit Pieck und Grotewohl gesprochen habe, die ihm damals gesagt hätten, daß die sowjetische Regierung eine Politik verfolge, die große Opfer von ihnen verlangen werde und daß sie schon bald in Deutschland in eine Situation gebracht werden könnten, die mit jener Nennis in Italien vergleichbar sei...“ Inzwischen hat auch noch einmal H. Graml Stellung genommen: „Die Märznote von 1952 – Legende und Wirklichkeit, St. Augustin 1988, als Deutschland-Report Nr. 6, herausgegeben im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung“; er bleibt – wen wundert es? – bei seiner Haltung und bestätigt Heß und Wielenga, daß diese „mit Fug und Recht“ mein Vorgehen als „Erzeugung historischer Nebelbänke“ charakterisiert hätten (S. 22); warum Graml dabei Akten, die in meiner Dokumentation ungekürzt abgedruckt sind, mit der Fundstelle „National Archives, Washington“ versieht, bleibt sein Geheimnis. Völlig absurd und in höchstem Maße fragwürdig wird es auch, wenn im Jahre 1988 anhand von zeitgenössischen Presseartikeln die Stalinnote interpretiert wird und damit eine „Legende“ widerlegt werden soll, wie das M. Kiefer macht; es spricht für sich, daß das auch noch in einer renommierten Fachzeitschrift geschieht; Markus Kiefer, Die Reaktion auf die „Stalin-Noten“ in der zeitgenössischen deutschen Publizistik. Zur Widerlegung einer Legende, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 51 (1988), S. 209–237. (Auch abgedruckt in: Deutschland-Archiv, 22, 1989, S. 56–76.) Damit wären wir dann endgültig wieder in der Zeit vor Öffnung der Archive angekommen.

20 Nikolaus Meyer-Landrut, Frankreich und die deutsche Einheit. Die Haltung der französischen Regierung und Öffentlichkeit zu den Stalin-Noten 1952 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, hrsg. v. K. D. Bracher/H.-P. Schwarz, Bd. 56) München 1988. Über „ein wiedervereinigtes und blockfreies Deutschland mit Nationalarmee und die französischen Kommunisten im Jahre 1952“ vgl. den gleichnamigen Aufsatz von Michael Gehler in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2, 1988, S. 1–30.

genauen Nachprüfung nicht stand. (Wie steht es dabei mit Schwarzens „Abwehrkampf“?) Adenauer wird nicht exkulpiert, kann es auch gar nicht, denn er war nun einmal kein „Wiedervereinigungskanzler“, „kein Kanzler für alle Deutschen“, wie es in der Zeit hieß, als dort im Anschluß an die Veröffentlichung der Dokumentation eine heftige Diskussion geführt wurde.²¹

Als die Herausgeberin der Zeit, Gräfin Dönhoff, Ende Januar 1986 in einem vom New Yorker Goethe-Institut und der Columbia University organisierten Symposion über das Thema „Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der USA“ ausführlich auf das Buch einging,²² die Hauptthesen daraus übernahm und von einer verpaßten Gelegenheit sprach, die sowjetische Bereitschaft zur Aufgabe der DDR auszuloten, erntete sie heftigen Widerspruch und mußte sich sogar den Vorwurf gefallen lassen, damit an der Verbreitung einer „Dolchstoßlegende“ mitzustricken. Die FAZ sorgte dafür, daß auch ihre Leser von dem erfahren, was in New York geschehen war.²³ Am 21. März 1986 veröffentlichte Gräfin Dönhoff dann ihren Vortrag in deutscher Sprache in der Zeit unter dem Titel „Von der Schwäche starker Politik“. Darin ging sie auch auf ein Dokument ein, das Josef Foscophoth und ich fast gleichzeitig im Public Record Office in London aufgespürt und bekannt gemacht hatten. In meiner Arbeit hatte ich noch vorsichtig gefragt: „Was blieb von Adenauers Behauptung, dieser ‚Abmarsch der Bundesrepublik in den Westen‘, wie Gustav Heinemann das damals nannte, sei zugleich auch der kürzeste Weg zur Wiedervereinigung? Waren alle seine Wiedervereinigungsbeteuerungen eine einzige, gigantische Lüge? Hat er nicht erkannt, daß sich Westintegration und Wiedervereinigung ausschlossen? War er so naiv – was ich bezweifle –, in dieser Frage auf die Solidarität der Westmächte zu hoffen und ihren Wiedervereinigungsbekundungen zu glauben? Es gibt keine schlüssigen Antworten auf diese Fragen, es sei denn, man unterstellt Adenauer, daß er die Wiedervereinigung überhaupt nicht wollte.“²⁴ Ich wollte ihm dies damals nicht unterstellen, mit dem oben erwähnten Dokument aber gab es die Antwort auf diese Frage: Adenauer wollte keine Wiedervereinigung! Bei dem Dokument handelt es sich um eine Aufzeichnung von Sir Ivone Kirkpatrick, dem höchsten Beamten im Foreign Office, vom Dezember 1955 über ein Gespräch mit dem damaligen Botschafter der Bundesrepublik, Herwarth von Bittenfeld. Kirkpatrick schreibt in dieser Aufzeichnung, der Botschafter habe ihn streng vertraulich im Auftrag Adenauers wissen lassen, daß Adenauer die von den Briten gewollte größere Flexibilität in Sachen Wiedervereinigung mißbillige. Der Grund dafür sei

21 Die Zeit, 25. 4. 1986.

22 Gräfin Dönhoff an den Verfasser: „Die ‚vertane‘ Chance“ ist spannender als jeder Krimi.“ (Schreiben v. 1. 1. 1986).

23 Hat der Westen den Frieden verloren? Bericht von Jörg von Uthmann, FAZ, 1. 2. 1986, S. 27.

24 Vertane Chance, S. 31.

„schlicht der, daß er kein Vertrauen in das deutsche Volk habe. Ihn treibe die Furcht um, daß sich, wenn er einmal nicht mehr da sei, eine deutsche Regierung auf ein Geschäft mit den Russen auf Kosten der Deutschen einlassen könnte. Er habe für sich daraus den Schluß gezogen, daß die Integration Westdeutschlands in den Westen wichtiger sei als die Wiedervereinigung Deutschlands.“ Adenauer ließ weiter mitteilen, daß es „katastrophale Folgen für seine politische Position haben würde, wenn seine Ansichten, die er in solcher Offenheit mitgeteilt habe, jemals in Deutschland bekannt würden“.

An diesem Dokument, das inzwischen im Public Record Office in London zurückgezogen worden ist und nicht mehr zu erhalten ist, ließ und läßt sich nichts deuteln.²⁵ Botschafter a. D. Herwarth bestätigte in zwei Interviews mit einem meiner Mitarbeiter die Richtigkeit der Aufzeichnung von Kirkpatrick.²⁶

Nun war die Aufregung erst recht groß und es kam zu einer erstaunlichen Situation in der *Zeit*. Gerd Bucorius, ein mir ansonsten wohlgesonnener Kritiker, der schon im November 1985 einer Rezension des Buches den Titel gegeben hatte „dann wären nur Scherben geblieben. . .“ – nämlich wenn ein anderer Weg als der von Adenauer durchgesetzte verfolgt worden wäre –²⁷ meldete sich eine Woche später zu Wort. Titel des Beitrages: „Adenauer, Preußen und der Kreml. Über den Umgang mit der Geschichte – eine Polemik unter Freunden.“ Bucorius lehnte die Thesen von Gräfin Dönhoff rundweg ab und bekannte (ganz überzeugend klang das allerdings nicht): „Adenauer hat mich oft gekränkt. Aber alles, was er in Sachen Deutschland und Westpolitik gesagt und getan hat, unterschreibe ich.“²⁸ Die Reaktion der Leser war entsprechend. Ein Teil der Leserbriefe wurde wenig später auf anderthalb Seiten abgedruckt. Überschrift: „Wurde die Wiedervereinigung verspielt? Adenauer war kein Deutscher für alle Deutschen.“²⁹ Schon am 7. April hatte *Die Welt* Wilhelm Grewe eine ganze Seite zur Verfügung gestellt (s. dazu unten); als ich ebenfalls um eine Seite bat, um antworten zu können,

25 Am 19. 3. 1986 konnte ich in einer Live-Sendung des DLF die wichtigsten Passagen des Dokuments in Übersetzung verlesen (auch in: *R. Steininger/A. Pelinka*, Österreich und die Sieger, Wien 1986, S. 185); der mir durch langjährige Freundschaft verbundene J. Foschepoth veröffentlichte das Dokument als erster im Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt, 16. 3. 1986 (Dreigeteilt? Ja, bitte!) dann – auch im engl. Original – in der Beilage zum Parlament, Aus Politik und Zeitgeschichte, Adenauers Moskareise 1955, B 22/86, 31. 5. 1986, S. 30–46, und noch einmal in dem von ihm herausgegebenen, hervorragenden Sammelband: Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 289 f. Es ist dies das „Foschepoth-Dokument“.

26 Interviews mit Dr. Michael Gehler am 19. 2. 1988 und 24. 5. 1988.

27 *Die Zeit*, 29. 11. 1985. In derselben Besprechung schrieb er aber auch: „St. hat Dokumente gesucht und gefunden, die die Geschichte des Jahres 1952 wieder spannend werden lassen. Er hat die neuen Quellen brillant ausgewertet, auch wenn man mit seiner Deutung nicht übereinstimmt.“

28 28. 3. 1986.

29 25. 4. 1986.

wurde mir mitgeteilt, daß *Die Welt* „aufgrund ihrer redaktionellen Überzeugungen die Diskussion über die eventuellen Chancen, die sich aus der Note Stalins ergeben konnten, nicht fortsetzen (wolle)!“ Aus „Fairneßgründen“ wurde dann allerdings eine halbe Seite zugestanden.³⁰ Der Artikel erschien am 6. Mai 1986,³¹ anschließend traf die Redaktion der *Welt* dann doch noch eine andere Entscheidung: die Diskussion wurde fortgesetzt, und zwar mit einem Beitrag von Andreas Hillgruber am 20. Mai.³² Hillgruber, der, wie Paul Noack sehr richtig erkannte, „in seinen Schlußfolgerungen dem Autor gar nicht so fern steht“,³³ brachte das „Moment des Tragischen“ in die ganze Angelegenheit hinein, so wie schon etliche Jahre vorher in einem brillanten Aufsatz über Adenauer und die Stalin-Note. Hillgrubers Fazit: „Das Moment des Tragischen jenseits von ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ ist in diesem Falle gar nicht zu übersehen.“ Im Gegensatz zu Paul Noack schließe ich mich dem Urteil allerdings nicht an, das Tragische sollte man bei diesem Unternehmen denn doch nicht allzusehr strapazieren, und wenn schon Tragik, dann wohl kaum bei Adenauer, sondern eher bei jenen, die beim Thema „Wiedervereinigung“ ihm geglaubt haben.

Michael Stürmer sah zu diesem Zeitpunkt die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis und in der Wertegemeinschaft der Völker des freien Westens schon längst bedroht und das Abendland in Gefahr; gleich in zwei Leitartikeln in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zeigte er den Lesern seine Sicht der Dinge: Am 17. April 1986 machte er klar, daß es keinen Weg nach Rapallo geben könne – wovon auch überhaupt niemand gesprochen hatte. Stürmer weiß, was Stalin wollte, nämlich „den Deutschen nicht das Geschenk der Einheit in Freiheit machen, das noch heute mancher in der Notenfolge an die Westalliierten von 1952 zu sehen vermeint. Stalin zielte auf das Kernstück amerikanischer Sicherheitspolitik in Europa und für Europa.“ Wodurch wurde nach Meinung Stürmers der „europäische Alptraum gebannt?“ Durch Adenauers „Kaltblütigkeit und Standfestigkeit von Regierung und sozialdemokratischer Opposition.“³⁴ Offensichtlich doch nicht ganz zufrieden mit dieser Interpretation, griff Stürmer noch einmal zur Feder und stellte eine Woche später in einem zweiten Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* fest: „Heute ist die Geschichte des Nachkriegssystems Gegenstand politischer und wissenschaftlicher Studien.“ Für Stürmer ist auch klar, was das zur Folge hat, nämlich „daß die Leistung Konrad Adenauers deutlich hervortritt, der alles tat, um den deutschen Sonderweg der moralischen und politischen Trennung vom

30 Schreiben v. 21. 4. 1986.

31 „Mit jedem Schritt Adenauers wurde der Spielraum enger.“ *Die Welt*, 6. 5. 1986, Nr. 104, S. 7.

32 Vgl. Anm. 8.

33 Vgl. Anm. 8.

34 Kein zurück nach Rapallo, FAZ, 17. 4. 1986.

Westen zu überwinden“. Und für Stürmer wird im selben Atemzug die Stalin-Note von 1952 endlich zur „berüchtigten“ Stalin-Note, „die eben dies durchkreuzen sollte“; sie werde als „Mythos der verpaßten Einheitschance“ dargestellt und der russische Tyrann als Nikolaus, von dem die Deutschen nur zu wünschen brauchten, was sie wollten: Einheit, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit dazu. Die Geschichte des Nachkriegssystems ist zwar noch nicht Gegenstand von Stürmers politischen und wissenschaftlichen Studien geworden, er kann dennoch die erlösende Antwort auf die Frage geben, worum es bei der Stalin-Note nun wirklich ging, nämlich: „In Wahrheit aber ging es doch nur um Vorformen von Sowjet-Deutschland.“ So einfach ist das. Stürmers Schlußsatz klingt dann auch fast wie eine Warnung: „In einem Land ohne Erinnerung ist alles möglich.“³⁵

An vorderster Front kämpfte und kämpft Wilhelm Grewe, damals einer der engsten Mitarbeiter Adenauers. In einem Artikel der *Welt* sprach er gar von einer „Bewußtseinspaltung“ und unterstellte unsauberes wissenschaftliches Arbeiten.³⁶ Seine diversen Beiträge wurden Ende 1986 in einem Buch zusammengefaßt³⁷ und in einer Auflage von 10.000 Stück kostenlos unter die Leute verteilt – finanziert vom Innerdeutschen Ministerium; der Vorschlag, doch auch das Taschenbuch „Eine vertane Chance“ anzukaufen, wurde vom Ministerium abgelehnt; Begründung: „Zum einen dürfte der Interessentenkreis für diese Thematik abgedeckt sein, da das Buch ein Renner war“, zum anderen sah man keinen Anlaß, „dieses Thema durch einen Ankauf erneut publizistisch zu beleben, nachdem das Buch eingehend rezensiert wurde und dem Zeithistoriker die Dokumente und Argumente bekannt sind“. Die Entscheidung zum Ankauf des Buches von Grewe sei unter dem Aspekt „Zeitzeuge“ gefallen, denn „hier sind, wie in vielen anderen Fällen auch, unmittelbare Schilderungen und auch Meinungen von politisch Handelnden festgehalten; Informationen also, wie sie nicht in den Akten enthalten sind und mit dem Wegsterben dieser Generation aus den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland verlorengehen“ – so die Mitteilung des Ministeriums.³⁸ Von Grewe und dem Ministerium wohl nicht so gewollt, gebührt ihnen dennoch Dank für die Investition, kann doch jetzt jeder kostenlos nachlesen, was Helmut Grieser zur Kontroverse Grewe-Steininger folgender-

35 Geschichte in geschichtslosem Land, FAZ, 25. 4. 1986. Ein Jahr später ist die Note für ihn dann Ausgangspunkt einer „schwarzen Legende“; unter Hinweis auf Wilhelm Grewe („zählebiger Mythos“) ist es auch für ihn nur ein „Mythos“, daß Stalin ein „bündnisfreies, bewaffnetes, demokratisches, wiedervereinigtes Deutschland gewollt (habe), sofern nur die Bonner Politik auf die Westintegration zu verzichten bereit gewesen wäre, die 1952 auf dem Spiel stand“. Die „Wirklichkeit“ dagegen für Stürmer: immerhin „minimale“ Chancen – allerdings „maximales Risiko.“ Vgl. den Leitartikel „Sicherheit und Deutsche Frage“, FAZ, 18. 5. 1987.

36 Die Welt, 7. 4. 1986.

37 Wilhelm Grewe, Die deutsche Frage in der Ost-West-Spannung. Zeitgeschichtliche Kontroversen der achtziger Jahre, Herford 1986.

38 Schreiben v. 26. 10. 1988 an den Dietz-Verlag.

maßen formuliert hat: „Merk- und denkwürdig mutet es schon an, wenn nach einer heftigen Auseinandersetzung um die Frage, ob Adenauer 1952 ‚eine Chance vertan habe‘, zur Einheit und Freiheit Deutschlands zu kommen, der eine Kontrahent den Platz vollständig räumt, wie dies der ‚langjährige Mitgestalter‘ der westdeutschen Integrationspolitik, Wilhelm Grewe, in seiner neuesten Aufsatzsammlung tut.“ (GWU, 1989, S. 178.)

Offensichtlich wurde mit der Dokumentation bei einigen Leuten ein empfindlicher Nerv getroffen und ein liebgewonnenes Weltbild angekratzt. Das gilt insbesondere für die eingangs genannten Fragen 2 und 3, wo die Dokumente eindeutige Antworten geben. Demnach steht wohl fest – und das ist in der Tat eine bittere Wahrheit: Die Westmächte waren davon überzeugt, daß, wie es im Quai d'Orsay hieß, die Stalin-Note „ein ernstgemeinter, aber sehr gefährlicher Versuch (war), die deutsche Frage zu lösen“;³⁹ die Westmächte waren allerdings an einer Wiedervereinigung überhaupt nicht interessiert, ganz zu schweigen von möglichen Korrekturen der Oder/Neiße-Linie oder gar der Rückgabe der verlorenen Ostgebiete. Die Oder/Neiße-Linie war ein Thema, das für sie seit Kriegsende de facto erledigt war, öffentlich aber weiter benutzt wurde, um bei den Deutschen falsche Hoffnungen am Leben zu erhalten und vor allen Dingen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu verhindern. Die öffentlichen Bekenntnisse der Westmächte zur Wiedervereinigung waren lediglich Lippenbekenntnisse, nicht mehr als diplomatische Pflichtübungen. Ihnen ging es in erster Linie darum, die Westdeutschen militärisch und ökonomisch so an sich zu binden, daß, wie es Präsident Eisenhower im Dezember 1953 einmal intern formulierte, „sie nicht mehr ausbrechen können“.⁴⁰ Und Adenauer war – das hatten die Briten schon im November 1950 insgeheim konstatiert – der beste Kanzler, den man sich zur Durchsetzung der westlichen Politik denken konnte. Dies erinnert in der Tat in fataler Weise an jenen Satz von Kurt Schumacher, den dieser ein Jahr zuvor Adenauer im Bundestag entgegengeschleudert hatte: „Der Kanzler der Alliierten!“⁴¹ Mit Adenauer als Kanzler betrieben die Westmächte Realpolitik in ihrem Sinne – wer wollte es ihnen verdenken? –; wenn es um die Wiedervereinigungspolitik in den 50ern geht, trifft sie denn auch der geringste Vorwurf. Es geht in erster Linie um Adenauer und in unserem Zusammenhang um die Frage, wie er es überhaupt mit der Wiedervereinigung gehalten hat.

Und da wird die Sache nun wirklich spannend und erklärt auch die Aufregtheit der Adenauer-Anhänger. Die Akten zeigen nicht nur einen Adenauer, der gegen ein wiedervereinigtes, neutrales, blockfreies, aber bewaffnetes Deutschland war, nach dem Motto: „Neutralisierung heißt Sowjetisie-

39 Vgl. Vertane Chance, Kap. 4.

40 Vgl. ebd., S. 125.

41 Vgl. Deutsche Geschichte, S. 360 f.

rung“ – so noch in seinen „Erinnerungen“,⁴² er war auch gegen ein auf der Grundlage freier, gesamtdeutscher Wahlen zustande gekommenes Deutschland, das innen- und außenpolitisch völlige Handlungsfreiheit gehabt hätte. Die Westbindung war für ihn wichtiger als selbst ein solches Deutschland. Der Grund dafür ist schon genannt worden: er mißtraute den Deutschen zutiefst und befürchtete, eine gesamtdeutsche Regierung würde sich, wenn er einmal nicht mehr da wäre, auf ein Geschäft mit den Sowjets einlassen – auf Kosten der Deutschen. Diese Grundeinstellung erklärt auch sein Verhalten in jenen Wochen, in denen es um die Stalin-Note ging. Schon vor Jahren hat der Politologe Waldemar Besson betont, damals habe Adenauer seine „gesamtdeutsche Unschuld“ verloren.⁴³ Wie dies geschah, ist nun in den Akten nachzulesen.

Wie schön wäre es, wenn die Westmächte für alles verantwortlich wären, was damals gelaufen ist. In seinen „Erinnerungen“ wollte Adenauer offensichtlich genau diesen Eindruck vermitteln. Über sein Treffen mit den Hohen Kommissaren am 11. März 1952 schreibt er da: „Ich begrüßte es daher sehr, daß die drei Westmächte unmittelbar nach Bekanntwerden der russischen Note mir durch die Hohen Kommissare am 11. März erklärten: ‚Wir werden in unseren Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und den Deutschlandvertrag so fortfahren, als ob es die Note nicht gäbe!‘“⁴⁴ In Wirklichkeit war es genau umgekehrt: Adenauer stellte unmißverständlich fest, daß die Stalin-Note an seiner Politik nichts ändern werde; und er machte auch klar, daß eine Viererkonferenz für ihn nicht in Frage kam; er gehe davon aus, so heißt es im Bericht des britischen Hohen Kommissars, daß die Westmächte sich nicht auf eine Viermächte-Konferenz einlassen würden.⁴⁵

Man kann mit Grewe der Meinung sein – so als Antwort auf meine Frage in einer Talkshow in SAT 1 –,⁴⁶ daß es doch völlig egal sei, wer hier was gesagt habe, verkennt dann aber ganz bewußt einen wichtigen Punkt. Es ging hierbei nämlich um die Frage, ob es eine Chance zum „Ausloten“ gegeben hat. Bucerus ging gleich zweimal auf diesen Punkt ein. Am 19. 11. 1985 schrieb er in der *Zeit*: „Irgendwo hätte Roberts, als der zuständige Beamte (und übrigens späterer britischer Botschafter in Bonn), doch wohl mal vorgeschlagen: Warum nicht die Unterzeichnung aufschieben, Stalin auf die Probe stellen und, wenn das scheitert, dann neu die Unterzeichnung vereinbaren? Nichts darüber, nur Eile, schnell unterzeichnen.“⁴⁷ Und am 28. 3. 1986, wiederum in der *Zeit*: „Es gab auch bei den Alliierten niemanden mit

42 Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 265.

43 Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik*, München 1970, S. 129.

44 Adenauer, *Erinnerungen*, S. 70.

45 Chance, *Dokumentation*, Dok. Nr. 10.

46 Am 19. 3. 1986. Teilnehmer u.a.: Grewe, Bucerus, Peter Koch, W. Daschtschew.

47 Vg. Anm. 27.

Entscheidungsbefugnis, der bereit gewesen wäre, die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages aufzuschieben und zuerst mit den Sowjets zu verhandeln. Steininger berichtet über eine Unterhaltung, die er jüngst mit dem damaligen Chef der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Frank Roberts, geführt hat: Man könne ruhig mit Moskau verhandeln (ein, zwei Jahre) und nach gescheiterten Verhandlungen die Unterzeichnung nachholen. Ich habe vor einigen Tagen Sir Frank hiernach gefragt. Er bestreitet Steiningers Darstellung rundweg: das Angebot der Russen sei nichts als ein „Stör“-maneuver; Roberts gebrauchte das kombinierte deutsch-englische Wort.⁴⁸

Grewe griff in seiner Argumentation die Überlegung von Bucerus auf⁴⁹ – wohl wissend, daß sie nicht zutreffen. Aber offensichtlich sollte der Eindruck entstehen, als ob der „Politologe“ Steininger – so in schöner Wiederholung bei Grewe (offensichtlich stehen Politologen bei ihm nicht sehr hoch im Kurs) – falsch zitiert hätte. Ich jedenfalls habe das Gespräch mit Sir Frank korrekt wiedergegeben; von „ein, zwei Jahren“ war allerdings nie die Rede, insofern hatte Sir Frank recht, ganz davon zu schweigen, daß ich das auch nirgends geschrieben habe. „Ein, zwei Jahre“ ist ein reines Phantasieprodukt. Im übrigen hat Sir Frank in dem Gespräch das bestätigt, was er am 11. März 1952 (!) zu Papier gebracht hat, daß man nämlich in London – allerdings bevor Adenauers Reaktion bekannt war – die Möglichkeit nicht ausschloß, wie es dort heißt, „frühzeitigen Viermächteverhandlungen zuzustimmen, in der Hoffnung, ziemlich schnell zeigen zu können, daß eine Einigung nicht möglich sei, um dann die Verhandlungen mit der Bundesregierung fortzusetzen“. Dieses Dokument ist in jedem Fall wichtiger und eindeutiger als das Gespräch; es ist in der Dokumentation abgedruckt, für jeden nachlesbar.⁵⁰ Ein anderer Punkt, der begreiflicherweise auch nicht in Adenauers „Erinnerungen“ auftaucht: Ende April war es der amerikanische Außenminister selbst, der Gespräche mit den Sowjets auf der Ebene der Hoch-Kommissare in Berlin vorschlug. Auch wenn er davon überzeugt war, daß es in diesen Gesprächen nur darum ginge, „die Unaufrichtigkeit der Sowjets zum frühest möglichen Zeitpunkt bloßzulegen“, ist seine abschließende Begründung für diese Gespräche bis heute der entscheidende Streitpunkt geblieben, wenn über das „Nichtausloten“ der sowjetischen Note und über die „wahren Absichten“ der Sowjets diskutiert wird. Acheson wörtlich: „Wenn die Sowjets wirklich bereit sind, die Ostzone zu öffnen, dann sollten wir sie zwingen ihre Karten auf den Tisch zu legen. Wir können nicht zulassen, daß unsere Pläne vereitelt werden lediglich aufgrund von *Spekula-*

48 Vgl. Anm. 28.

49 Die Welt, 7. 4. 1986.

50 Chance, *Dokumentation*, Dok. Nr. 8.

tionen, wonach die Sowjets möglicherweise bereit sind, tatsächlich einen hohen Preis zu zahlen.⁵¹

Hier war eine weitere Chance, genau das zu tun, was Kurt Schumacher am 22. April gefordert hatte: festzustellen, ob es eine Möglichkeit zur Wiedervereinigung Deutschlands gab, und in jedem Fall klarzustellen, daß die Bundesrepublik keine Anstrengungen gescheut hätte, um eine sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands und Befriedung Europas auszunützen.⁵² Wenn kein Geringerer als der amerikanische Außenminister das Angebot machte – wenn auch nur aus taktischen Gründen –, dann bestand wohl für die Deutschen nicht die so oft zitierte Gefahr, sich „zwischen alle Stühle zu setzen“, und auch nicht die Alternative: „Mit euch – oder mit euch“ (wie dies Bucerius mehrfach formuliert hat)⁵³, und auch noch innerhalb von wenigen Tagen, als ob solche Schicksalsfragen eines Volkes innerhalb weniger Tage entschieden werden könnten!

Adenauer aber war wieder „amerikanischer als die Amerikaner“, wie ihm der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, schon in der Kabinettsitzung am 11. März vorgeworfen hatte.⁵⁴ Allerdings brauchte er diesmal noch den ganzen Tag und „die halbe Nacht“, wie er es gegenüber dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy formulierte:⁵⁵ dann kam wieder die glatte Ablehnung. Sechs Wochen später wollten die Franzosen eine Außenministerkonferenz; Adenauer lehnte wieder ab.

Wenn ich von „vertaner Chance“ spreche, um auf den zweiten Buchtitel ohne Fragezeichen zu kommen, dann meine ich in erster Linie, daß die Chance zum Ausloten vorhanden war. Hätte Adenauer Stalin auf die Probe stellen, die Note „ausloten“ wollen – die Chance war gegeben. Aber – und das ist entscheidend – Adenauer wollte nicht!

Mit den Beiträgen in *Zeit, Welt, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau* im Frühjahr 1986 und den diversen Hörfunk- und Fernsehsendungen war der Höhepunkt der öffentlichen Diskussion erst einmal erreicht. Die zwanzigste Wiederkehr des Todestages von Konrad Adenauer ein Jahr

51 Vgl. *Vertane Chance*, S. 85 f. und *Chance*, Dokumentation, Dok. Nr. 89. Unterstreichung im Original.

52 Vgl. *Vertane Chance*, S. 79.

53 Röhndorfer Gespräche, S. 74, 79, 82.

54 Vgl. *Vertane Chance*, Kap. 2.

55 *Chance*, Dokumentation, Dok. Nr. 100. Dieses Dokument gehört zweifellos zu den wichtigsten überhaupt. In dem 1986 erschienenen Band der *Foreign Relations of the United States, 1952–54*, vol. VII, *Germany and Austria*, wird dieses Dokument bezeichnenderweise nicht abgedruckt, sondern der Inhalt lediglich in einer Fußnote zusammengefaßt (S. 232). Insgesamt werden in diesem Band erheblich weniger wichtige Dokumente als in *Chance*, Dokumentation, abgedruckt. Dies erklärt sich u. a. dadurch, daß der Band bereits vor Freigabe der Akten 1979/80 für den Druck fertiggestellt war; der Druck selbst wurde aufgrund Bonner Intervention und Verzögerungstaktik betr. gemeinsamer Absprache erst Jahre später möglich – sehr zum Mißvergnügen der Mitarbeiter im Office of the Historian des US-State Department, wie man mir gegenüber sehr offen zugab.

später bot Anlaß, erneut über Adenauer nachzudenken. Das besorgte diesmal das Fernsehen. In den Dritten Programmen lief eine 7teilige Serie, gefolgt von einer abendfüllenden Darstellung im Ersten, die Henric Wuermeling besorgte. Am 18. April beschloß das ZDF die Reihe der Gedächtnissendungen mit einem einstündigen Film. Von einem Interview mit dem Autor wurde „aus technischen Gründen“, wie es hieß, nichts in den Film über Adenauer übernommen. Der Lohn stellte sich umgehend ein, wieder verabreicht von der *FAZ*: in einer Fernsehkritik mit dem Titel „Verpaßte Gelegenheit?“ lobte Günther Gillessen die Autoren und machte auch dem Letzten klar, worum es 1952 seiner Meinung nach gegangen war: „Die Bundesrepublik hätte die Wiedervereinigung unter der Bedingung haben können, daß sie sich in den Vorhof des Gefängnisses begeben hätte, in dem Stalin und alle seine Nachfolger Europa bis zur Elbe gehalten haben.“ Für Gillessen war klar, daß die Bundesrepublik für die nationale Einheit das Opfer ihrer Freiheit hätte bringen müssen. Und weiter: „Von der Festigkeit und der Kontinuität der sowjetischen Deutschland- und Europapolitik abzuweichen, gab diesem Wiedervereinigungsstreit und den später daran anknüpfenden Nachfolgedebatten ihren allzu nationalbezogenen, utopischen Charakter. Der Film konnte das Thema nicht zu Ende bringen. Aber zu seinem Lobe ist zu sagen, daß er zur weiteren Verwirrung, zur Befestigung der Legende von den ‚verpaßten Gelegenheiten‘ nichts beitrug.“⁵⁶ Schon drei Tage vorher hatte sich Gillessen Sorgen gemacht über den publizistischen Streit um die Bedeutung der Stalin-Note vom März 1952 und die Frage gestellt, ob Adenauer aufrichtig die deutsche Wiedervereinigung gewünscht habe.⁵⁷ Jetzt endlich hatte er die Antwort auf seine Weise gefunden.

Die Diskussion wird trotz allem wohl weitergehen: In diesen Tagen wird bei Columbia University Press die amerikanische Übersetzung der „Vertanen Chance“ unter dem Titel: *Germany's Last Chance? The Stalin Note of 1952 and the Question of German Reunification* vorbereitet – und dann bleibt ja immer noch die Hoffnung auf „Perestroika“ . . .

II. Zwischen zwei Stühlen? Ein neues amerikanisches Dokument

Dokumente sind für einen Historiker nicht alles, aber doch schon eine ganze Menge, jedenfalls mehr, als die Aussagen von Zeitzeugen, wie etwa Wilhelm Grewe, der – irgendwie menschlich und verständlich – so und nicht anders seine damaligen Tätigkeit als enger Vertrauter Adenauers verteidigt. Andere sind da offener; so schrieb mir Johann Baptist Gradl nach Lektüre des

56 „Verpaßte Gelegenheit?“, *FAZ*, 21. 4. 1987, S. 28.

57 Bilder eines Staatsmannes, Konrad Adenauer und die Deutschen, *FAZ*, 18. 4. 1967, S. 28. In einem ganzseitigen Artikel vom selben Tag bekräftigte er noch einmal sein Urteil, ging dabei ausführlich auf die Diskussion in der *Zeit* etc. ein, erwähnte allerdings auch hier mit keinem Wort mein Buch – offensichtlich wollte und will er in seinem (Vor-) Urteil nicht schwankend werden. Vgl. „Besichtigung eines Denkmals“, *FAZ*, 18. 4. 1987, S. 8.

Buches am 6. Dezember 1985 u. a.: „Das, was bei Ihnen über die Haltung der Alliierten und über die Haltung Adenauers in der Zeit unmittelbar nach dem Eingang der ersten Note zu lesen ist, ist einigermaßen aufregend. Es bestätigt meine unveränderte Auffassung, daß – aus mancherlei Gründen – damals eine auf den Grund gehende Prüfung der sowjetischen Absichten nicht vorgenommen worden ist. Das bedauere ich damals wie heute.“ Gradl gehörte zu jenen, die im März/April 1952 zumindest den Versuch machen wollten, die Entwicklung in eine andere Richtung zu lenken. Wir kennen das Ergebnis, Adenauer setzte sich mit dem Argument durch, daß man am Ende zwischen zwei Stühlen sitzen werde: also um keinen Preis eine Viermächtekonferenz, die Sowjets nicht zwingen, ihre Karten auf den Tisch zu legen. Adenauer hat denn auch von Anfang an und immer wieder bei den Alliierten mit Nachdruck darauf gedrängt, sich auf gar keinen Fall auf Verhandlungen mit den Sowjets einzulassen; in dem Moment, als Adenauer den Alliierten klarmachte, daß er an einem „Ausloten“ der Note nicht interessiert war, waren auch die Alliierten logischerweise nicht mehr daran interessiert, diesen Weg zu gehen. Wie die Sache ausging, ist bekannt: am Ende stand jener vom britischen Außenminister Eden zitierte Sieg im „Notenkrieg“.⁵⁸ Schon die veröffentlichten Dokumente zeigen, daß auf britischer und auch auf amerikanischer Seite die Bereitschaft bestand, die Note „auszuloten“, nicht etwa aus Liebe zu den Deutschen, sondern aus der simplen Überlegung heraus, daß ein deutscher Bundeskanzler ein solches Angebot nicht ungeprüft zu den Akten legen konnte, mit anderen Worten, daß ohne Prüfung dieser Note auch die bisher vom Westen verfolgte Integrationspolitik so nicht weitergeführt werden könnte. Adenauer entthob den Westen dieser Sorge; hätte er anders entschieden, wäre es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu Verhandlungen mit der Sowjetunion gekommen und wir bräuchten uns keine Gedanken darüber zu machen, was die Sowjets nun tatsächlich damals mit ihrer Note bezweckten. Die Amerikaner gingen in dieser Frage am weitesten; noch Ende April 1952 wollte der amerikanische Außenminister Acheson aus taktischen Gründen das Gespräch mit den Sowjets über die Durchführung freier Wahlen beginnen; Adenauer lehnte ab (s. oben).

Die Initiative Achesons ging auf Überlegungen des politischen Planungsstabes des State Department zurück, der schon im März einen anderen Weg gehen wollte, die sowjetische Note zu beantworten. Statt des Taktierens, auf das man sich dann mit den Briten und Franzosen einließ, plädierte der Planungsstab von Anfang an für eine offensive Strategie: die Sowjets sollten mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden; Ansatzpunkt sollten dabei die freien Wahlen sein. Die Zustimmung, über freie Wahlen zu verhandeln, sollte von der Erfüllung ganz bestimmter Bedingungen abhängig gemacht

58 Vertane Chance, S. 95.

werden, über deren politische Konsequenzen im Hinblick auf die sowjetische Position in Ostdeutschland es keinerlei Zweifel geben durfte. Ausgangspunkt dieser Überlegungen, die schon in der Dokumentation veröffentlicht worden sind,⁵⁹ war ein Memorandum des Planungsstabes, das bislang unbekannt war. Im folgenden geht es um dieses Dokument.⁶⁰

Unmittelbar nach Eingang der sowjetischen Note hatte der Vorsitzende des Politischen Planungsstabes des State Department, Paul Nitze, zwei Mitarbeitern seines Planungsstabes, M. Scammon und R. W. Tufts, den Auftrag erteilt, sich Gedanken über eine Antwort des Westens zu machen. Mit Datum 14. März wurde Nitze das Ergebnis vorgelegt: ein zwölf Schreibmaschinenseiten umfassendes Memorandum, das sich in vier Teile gliedert:

I: Was wollen die Sowjets?

II: Was will der Westen mit seiner Antwortnote erreichen?

III: Die Ziele des Westens?

IV: Wie soll die westliche Antwortnote aussehen?

Ad I: Was die Sowjets wirklich wollten, wußten auch Scammon und Tufts nicht, aber man war sich generell einig („general agreement“), daß die Note ernstgenommen werden müsse, weil sie nach ernsthafter Politik und nicht nach Propaganda aussehe. Absicht der Russen könnte ihrer Meinung nach sein:

1. auf der Grundlage der Note die deutsche Frage zu lösen;
2. die Deutschen zu beeindrucken, um die Integrationspolitik zu verlangsamen;
3. die Westmächte in endlosen Verhandlungen „à la Panmunjom“ zu verwickeln, um die Westintegration der Bundesrepublik und damit die europäische Integration insgesamt zu verhindern;
4. eine neue politische Lage zu schaffen, mit der sie langfristig leben und die sie langfristig für sich nutzen konnten;
5. die politischen Voraussetzungen für einen bevorstehenden umfassenden politischen Kurswechsel zu legen, der nicht notwendigerweise auf Deutschland beschränkt bleiben müßte.

Ad II:

A. Bei einer Antwort mußte es nach Meinung der Autoren darum gehen,

1. nicht in irgendwelche Fallen („traps and pitfalls“) zu geraten;
2. herauszufinden, was die Sowjets wirklich wollten („run a litmus test on Soviet intentions“);
3. „Die Realisierung unserer Ziele im Hinblick auf Deutschland, Westeuropa und die Sowjetunion mit Nachdruck, falls möglich, voranzutreiben.“

B. Vier verschiedene Möglichkeiten für eine Antwort wurden genannt:

59 Dok. Nr. 41; vgl. auch Vertane Chance, S. 69 f.

60 Top Secret, Security Information, „Outline of factors bearing on the Western reply to the Soviet note on Germany“, National Archives Washington, Record Group 59, 762 A. 00/3-1452.

1. glatte Ablehnung;
2. eine Ablehnung im bekannten Propaganda-Stil („propaganda-type“), d.h. „den Wunsch des Westens nach Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag erneuern und das an Bedingungen knüpfen, die so vernünftig wie möglich aussehen und genauso unakzeptabel für die Russen sind“;
3. Bitte um Präzisierung;
4. Gegenvorschläge, die darauf abzielten, die Sowjets dazu zu bringen, ihre Karten auf den Tisch zu legen („call the Soviet hand“), d.h. sie zu einer Entscheidung zu zwingen, entweder im Sinne ihrer Note unverzüglich mit der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und möglicherweise dem Abzug der Besatzungstruppen zu beginnen oder klarzumachen, daß sie das nicht wollten.

C. An welche „Fallen und Fußangeln“ dachte man? Bei den Antworten 1 und 2 wurde die Gefahr gesehen, direkt in die Falle der Sowjets zu laufen, und zwar in dem Sinne, daß die Sowjets dann die oben unter Ad I 2, 4 und 5 genannten Möglichkeiten realisieren konnten. Scammon und Tufts waren daher der Meinung, daß die Sowjets wohl am ehesten damit rechneten, daß die Westmächte in ihrer Antwortnote um Präzisierung und weitere Informationen bitten würden; auch das wäre nicht optimal, denn die Antwort der Sowjets würde dann wohl so ausfallen, daß Verhandlungen nur schwer zu vermeiden sein würden; die weitere Entwicklung hinge dann vom Verlauf der Verhandlungen ab; kurzfristig könnten die Sowjets damit die Politik des Westens verzögern und sich langfristig alles offen halten; man war sich einig, daß es in jedem Fall nicht leicht sein würde, die Note einfach als eine Propaganda und altbekannte Sache abzulehnen („their note is not an easy one to reject as mere propaganda or old stuff“).

D. Wenn man eine eindeutige und schnelle Klärung der sowjetischen Absichten haben wollte (und davon gingen Scammon und Tufts aus), war das mit Antwort B 3 nur schwer zu erreichen; möglicherweise würde es erst nach langen Verhandlungen möglich sein, die man aber gerade vermeiden wollte; man mußte also einen Gegenvorschlag machen, der die Sowjets zwingen würde, ihre Karten auf den Tisch zu legen, wobei die Autoren klarmachten, daß das „extrem schwer“ sein würde und daß es ein Vorschlag sein müßte, „mit dem wir leben können und mit dem wir, falls möglich, unsere Ziele erreichen, ob die Sowjets ihn nun akzeptieren oder ablehnen“.

Ad III: Hier wurde ausführlich die Frage untersucht, ob die USA mit dem von den Sowjets vorgeschlagenen „vereinten, unabhängigen und neutralen Deutschland“ leben könnten, auch wenn die Chancen, daß es dazu kommen würde, „wahrscheinlich nicht mehr als zehn zu eins“ eingeschätzt wurden. (Es wurde die Analyse der Geheimdienstabteilung erwähnt, wonach die Sowjets „zur Zeit“ nicht bereit seien, ihre Position in der DDR langfristigen Zielen mit Blick auf ganz Deutschland zu opfern.) In ihrer Europapolitik würden die USA dann vor die Wahl gestellt

1. entweder weiter an der NATO festzuhalten und zu versuchen, Deutschland an der Seite des Westens zu halten oder zumindest seine Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion zu sichern, oder
2. zu versuchen, ein vereintes Westeuropa als einen „starken, neutralen Block“ zu schaffen, mit einer einseitigen Sicherheitsgarantie der USA und Kanadas.

Interessant ist, wie sich die Autoren die weitere Entwicklung vorstellten. Frankreich, so glaubten sie, würde bei einem wiedervereinten Deutschland ein um so stärkeres Interesse an der NATO entwickeln. „Höchst unwahrscheinlich“ („most unlikely“) war für sie, daß Deutschland, „solange es schwach ist, sich auf Geschäfte mit der Sowjetunion einläßt“.

Für wahrscheinlicher hielten sie es, daß sich Deutschland angesichts der westlichen Politik, eine Beherrschung Deutschlands durch die Sowjets zu verhindern, um seine Sicherheit kümmern würde. Erst wenn Deutschland stark sein würde, würden Geschäfte mit den Sowjets möglich sein, was langfristig zum Vorteil der USA sein könnte – im Hinblick auf die Sowjetunion und den Weltfrieden; einem solchen Deutschland würden die Sowjets wahrscheinlich eher Zugeständnisse machen als einem feindlichen Westblock, in den die Bundesrepublik integriert sei. In dem Sinne wurde es auch als langfristig von Vorteil für die USA bezeichnet, wenn neue Machtzentren entstehen würden und der gegenwärtige Ost-West-Konflikt durch ein Zusammenspiel verschiedener solcher Machtzentren ersetzt würde. Angst vor Deutschland brauche man jedenfalls nicht zu haben, „solange wir eine starke atomare Rüstung besitzen“. Die Alternative wäre ein Vereintes Europa, ohne USA und Kanada als formelle Bündnispartner, aber diesen beiden Ländern aus vielerlei Gründen eng verbunden; die USA und Kanada würden eine Sicherheitsgarantie übernehmen: einen Angriff auf Westeuropa würden sie als Angriff auf sich selbst betrachten.

Noch einmal wiesen Scammon und Tufts dann auf das wahrscheinliche Ergebnis der westlichen Antwortnote hin, daß die Sowjetunion nämlich „gegenwärtig blufft und daß wir um so besser mit unserer Politik weitermachen können“.

Ad IV: In diesem Sinne wurden dann als offensive Strategie die „Kernpunkte“ der Antwortnote formuliert – und die sind in der Tat bemerkenswert. Die Vorschläge der Sowjetunion wurden begrüßt, und – um deren Wunsch entgegenzukommen, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen, vorgeschlagen, „sofort mit der Vorbereitung demokratischer, gesamtdeutscher Wahlen für eine gesamtdeutsche Verfassungsgebende Versammlung zu beginnen“. Und dann wurde der genaue Termin für diese Wahlen genannt: „Sonntag, 16. November 1952.“

Die Wahlordnung sollte jene sein, nach der die Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919 gewählt worden war; zusätzlich wurde eine Viermächtekontrolle vorgeschlagen, „ähnlich jener bei der Stadtverordnetenwahl von

Berlin im Oktober 1946“. Die drei westlichen Hochkommissare und der Leiter der sowjetischen Kontrollkommission sollten „nicht später als am 1. April 1952“ zusammentreffen, um die notwendigen Schritte vorzubereiten. „Damit es keinerlei Mißverständnisse über die feste Entschlossenheit der verantwortlichen Mächte gibt, diese Wahlen durchzuführen“, so hieß es weiter, sollte jede Macht in ihrer Zone die in der sowjetischen Note unter I/3 und 4 der politischen Leitsätze genannten Bedingungen (demokratische Rechte, freie Betätigung von Parteien etc.)⁶¹ garantieren und ab 1. 4. 1952 praktizieren; falls nicht, sollte jede Macht automatisch von jeder Verpflichtung befreit sein; sollten sie *nach* der Wahl zurückgenommen werden, sollten die Wahlen automatisch für ungültig und die Verfassungsgebende Versammlung für aufgelöst erklärt werden.

Wie bereits erwähnt, setzte sich der Planungsstab mit dieser Strategie nicht durch. Es bleibt der Phantasie jedes einzelnen überlassen, sich vorzustellen, was wohl geschehen wäre, falls so verfahren worden wäre. Die Sowjets hätten entweder offen zugeben müssen, daß sie blufften – oder aber es wäre tatsächlich zu Wahlen gekommen. Eines kann man jedenfalls mit ziemlicher Sicherheit sagen: hätte Adenauer Gespräche mit den Sowjets gefordert, es hätte diese Gespräche gegeben.

Wie sagte doch Bundeskanzler Kohl in dem schon erwähnten Bericht zu Lage der Nation? „Nicht historische Zwangsläufigkeiten sind es, die den Lauf der Geschichte bestimmen. Auf menschliches Wollen und Tun kommt es letztlich an.“⁶² Für 1952 heißt das: Adenauer wollte nicht; er befreite die Alliierten von all ihren Sorgen.

III. Schlußbemerkung

Im Jahre 1965, vier Jahre nach dem Bau der Mauer in Berlin, veröffentlichte Konrad Adenauer den ersten Band seiner „Erinnerungen“. Die Widmung, die er diesem wie auch den nachfolgenden Bänden voranstellte, ist bemerkenswert: „Meinem Vaterland“. Was aber, so haben sich schon damals viele gefragt, war eigentlich Adenauers Vaterland?

War es das Deutschland des Jahres 1937 oder des Jahres 1949 mit zwei deutschen Staaten oder lediglich die Bundesrepublik? Die Antwort darauf ist auch die Antwort auf die unmittelbar damit zusammenhängende Frage, wie ernst es Adenauer mit der Wiedervereinigung tatsächlich war, von der er doch so häufig sprach. Was bleibt von seiner Behauptung, die Westintegration der Bundesrepublik sei der einzige und zugleich kürzeste Weg zur Wiedervereinigung? Je mehr Akten zur Verfügung stehen, um so solider wird die Grundlage, auf der diese Fragen diskutiert werden können. Das Jahr 1955 ist in dem Zusammenhang besonders interessant, nicht nur, weil am Ende das schon erwähnte Memorandum von Ivone Kirkpatrick steht,

61 Vgl. Chance, Dokumentation, S. 115.

62 Vgl. Anm. 18.

sondern auch wegen einer anderen bemerkenswerten Episode. Anfang Mai 1955 war die Bundesrepublik bekanntlich Mitglied der NATO geworden, was Adenauer zu der Äußerung veranlaßt hatte: „Wir sitzen nun im stärksten Bündnis der Geschichte. Es wird uns die Wiedervereinigung bringen.“⁶³

Nichts sollte falscher sein als dies – falls Adenauer wirklich glaubte, was er sagte. Immerhin schien Bewegung in die internationale Politik zu kommen: am 15. Mai erhielt Österreich seinen Staatsvertrag; damit stand fest: die Besatzungstruppen würden abziehen, Österreich würde frei sein. War dies ein Signal der Sowjets in Richtung Bonn oder war es das Ende einer Entwicklung? Adenauer wurde jedenfalls im Juni nach Moskau eingeladen, im Juli fand in Genf die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in völlig entspannter Atmosphäre statt; die Sowjets zeigten sich von einer ganz neuen Seite, der „Geist von Genf“ wehte über die politische Bühne – mit Auswirkungen auf die deutsche Frage.

Am 19. Juli führte Anthony Eden, inzwischen Premierminister, bei einem Essen, das er für die Sowjets gab, ein vertrauliches Gespräch mit Bulganin („frank and intimate talk“). „In der langen Reihe meiner Gespräche mit den Russen“, so berichtete er später dem Kabinett, „ist es das wichtigste und offenste gewesen“ („the most important and certainly the frankest conversations that I have known“). Es machte deutlich, wie sehr die „deutsche Frage“ die Russen immer noch beschäftigte. Bulganin fiel sozusagen mit der Tür ins Haus und sprach Eden direkt auf dieses Thema an („he plunged into the question of Germany“); die Sowjets, so betonte er mit Nachdruck, hätten Angst vor einem Wiedererstarken Deutschlands; im Krieg habe fast jede sowjetische Familie, einschließlich seiner eigenen, einen Angehörigen verloren. Eden antwortete, auch in Großbritannien habe man keinen besonderen Grund, den Deutschen nach zwei Kriegen freundliche Gefühle entgegenzubringen, aber man müsse nach vorwärts schauen, und wie groß auch immer die Angst vor Deutschland sei, er könne nicht glauben, daß die Deutschen im Zeitalter der Atombombe noch eine echte Gefahr für Rußland seien. Bulganin war nicht zu beruhigen; er gab zwar zu, daß die Deutschen selbst keine Wasserstoffbomben herstellen könnten, aber „man kann sie ihnen geben“. Und dann sagte Bulganin etwas, was er, wie er betonte, „noch zu niemandem vorher gesagt“ habe: es sei in der Tat nicht möglich, von dieser Konferenz nach Moskau zurückzukehren und „hier in Genf der *sofortigen* Wiedervereinigung zugestimmt zu haben“; das sei etwas, was man in Rußland nicht verstehen würde, aber – und in dem Moment trat Chruschtschow hinzu –, auch wenn man *jetzt* der Wiedervereinigung nicht zustimmen könne, er und Chruschtschow seien bereit, ihrem Außenminister entsprechende Weisungen

63 Zit. bei Andreas Hillgruber, Europa in der Weltpolitik (1945-1963), München/Wien 1981, S. 70.

zu geben; die Minister sollten bei entsprechenden Gegenleistungen über das Thema „Wiedervereinigung“ beraten.⁶⁴

Genf weckte damals Adenauers Mißtrauen. Wenn die Sowjets möglicherweise gehofft hatten, doch noch mit Adenauer ins Geschäft zu kommen, so hatten sie sich gründlich getäuscht. Für Adenauer, der im September 1955 Moskau besuchte, waren Chruschtschow und Bulganin lediglich „ungebildete und primitive Bauern“, wie er den westlichen Botschaftern in Moskau anvertraute;⁶⁵ das Ergebnis war entsprechend; der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau – und damit Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit – stand die mündliche Zusage nach Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen gegenüber. Nach diesem Besuch war klar, daß sich in der deutschen Frage auf sowjetischer Seite nichts mehr bewegen würde. Die Außenministerkonferenz im November in Genf ging denn auch ohne Ergebnis zu Ende. Für alle ersichtlich war das eingetreten, wovor die Kritiker Adenauers gewarnt hatten: die Westintegration schloß eine Wiedervereinigung aus. Selbst engste Vertraute Adenauers, die offensichtlich an dieses Konzept geglaubt hatten, wurden nun schwankend. So gab Herbert Blankenhorn gegenüber Mitarbeitern des Foreign Office zu bedenken, ob man nicht doch auf das sowjetische Konzept eines neutralisierten Gesamtdeutschland zurückkommen müsse, wenn man die Einheit überhaupt noch erreichen wolle. Im Foreign Office löste dies Alarm aus: wenn schon Blankenhorn in einer solchen, geradezu gefährlich beschwichtigenden Stimmung („dangerously appeasing mood“) war, wie würde das in Bonn weitergehen?⁶⁶

Die Sorgen im Foreign Office waren unbegründet. Warum, das zeigt auch das erwähnte Kirkpatrick-Memorandum.

In der o. g. Sendung von SAT 1⁶⁷ erklärte Grewe, die Wiedervereinigung sei damals eben „nicht in den Karten“ gewesen, Stalins Angebot sei nicht akzeptabel gewesen. Auf die Frage, was denn wohl ein akzeptables Angebot gewesen wäre, blieb er die Antwort schuldig. Immerhin gestand er zu – bemerkenswert genug! –, daß Adenauers damalige Wiedervereinigungsbezeugungen lediglich „Sonntagsreden“ gewesen seien, worauf Gerd Bucenius entrüstet reagierte: man habe doch damals daran geglaubt.

Grewes „persönliche Vermutung“ ist es, wie er schreibt, daß Adenauer entschlossen war, die deutsche Frage für eine fernere Zukunft offenzuhalten. Das, so meine ich, muß schon eine sehr ferne Zukunft gewesen sein, und es fällt nach Lektüre der Akten schwer, daran noch zu glauben. Mit jedem

64 Top Secret, Cabinet Paper (55) 99, Four-Power Talks. Public Record Office, London, CAB 129/76. Hervorhebungen vom Verfasser.

65 Vgl. meinen Beitrag: Germany in the Fifties: The Question of Reunification, in: Karl Odwarka (ed.), Proceedings of the Twelfth European Studies Conference, University of Nebraska, Omaha 1988, S. 279-286.

66 Ebd.

67 Vgl. Anm. 46.

Schritt Adenauers wurde jedenfalls der Spielraum in dieser Frage enger; mit den Worten von George F. Kennan: Um herauszufinden, ob es die Sowjetunion wirklich ernst meinte, hätte man diese Frage offenhalten und mit dem Kreml reden müssen: „Ein Beitritt zur EVG oder NATO hieß ganz einfach, diese Fragen ohne Verhandlungen zu beantworten, wobei es nicht möglich sein würde – und es ist ja auch nicht mehr möglich gewesen – herauszufinden, was die Russen für eine annehmbare Lösung gezahlt hätten.“⁶⁸

68 Vgl. Vertane Chance, S. 26.